

Sachdokumentation:

Signatur: DS 972

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/972



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Schule befreien, Eltern verpflichten, Kinder fördern

Positionspapier der CVP Schweiz

Aktualisierung des Positionspapiers Bildung von der Arbeitsgruppe
„Bildung“

Verabschiedet vom Parteipräsidium am 20. Oktober 2017 in Bern

Zusammenfassung

Die CVP ist stolz auf das Bildungssystem und die hohe Qualität der Bildung in unserem Land. Um den **Bildungsraum Schweiz** weiter zu stärken, setzt sie sich ein für:

- Eine klarere Definition der Zuständigkeiten von Schule und Politik und den Verzicht auf eine „Verpolitisierung“ der Schule
- Ein starkes duales Bildungssystem
- Chancengerechtigkeit und Frühförderung: alle Kinder sollen möglichst gleiche Startbedingungen haben
- Steuerliche Erleichterung für Kinderbetreuungskosten auf Bundesebene
- Sparmassnahmen bei der Bürokratie und nicht zu Lasten des Unterrichts
- Gezielte Evaluationen, die sich auf das Wesentliche beschränken und damit Ressourcen einsparen und die Schulen nicht unnötig belasten

Der **Volksschule** als Fundament unseres Bildungssystems kommt eine zentrale Rolle zu. Die CVP kämpft für eine starke Volksschule und verlangt:

- Eine konsequentere Ausrichtung auf die Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen
- Eltern in die Pflicht zu nehmen, die Sozialkompetenz ihrer Kinder zu fördern, da der Schule bloss subsidiär die Aufgabe zukommt, Defizite aus dem Elternhaus zu beheben
- Die Förderung der Sprach- und Fremdsprachenkompetenzen
- Die Förderung der MINT-Fächer, Medienkompetenzen und Investitionen in die Basisinfrastruktur der Schulen
- Eine Lehrerausbildung, welche umfassend auf das Unterrichten in einem digitalisierten Arbeitsumfeld und die Schülerinnen und Schüler auf eine digitalisierte Welt vorbereitet
- Eine kritische und grundlegende Analyse der integrativen Förderung

Die beiden Pfeiler unseres dualen Bildungssystems garantieren Wohlstand und Chancengerechtigkeit und dürfen deshalb nicht gegeneinander ausgespielt werden. In Bezug auf die **Berufsbildung** fordert die CVP:

- Die ICT-Branche auf, ihren Einsatz für zusätzliche Ausbildungsplätze zu verstärken
- Eine permanente Anpassung und Reduktion der rund 230 anerkannten Berufsausbildungen
- Eine Berufsfachschule, die verschiedene Fächer in einer Fremdsprache anbietet
- Eine Berufsbildung, die Kompetenzen im IT-Bereich fördert

Das **Gymnasium** nimmt eine wichtige Funktion als Bindeglied zwischen der Volks- und der Hochschule ein. Zur Weiterentwicklung der Qualität des Gymnasiums macht sich die CVP stark für:

- Ein qualitativ hochstehendes Gymnasium ohne systematische Erhöhung der Maturitätsquote
- Einheitliche Qualitätsstandards zur Angleichung kantonaler Unterschiede zum Beispiel im Erwerb der nationalen Sprachen
- Eine qualitative Begutachtung der Maturitätsprüfungen
- Die Förderung der internationalen Anerkennung der gymnasialen Maturität

Die Schweizer **Hochschulen** gehören weltweit zu den besten. Um diesen bedeutenden Standortvorteil aufrechtzuerhalten, tritt die CVP ein für:

- Die Beibehaltung der Profile von Hochschultypen: der universitären Hochschulen, der Fachhochschulen und der pädagogischen Hochschulen
- Die Behebung der durch das Bologna-Barometer festgestellten Mängel im Bologna-System
- Die baldige Reassoziierung von Erasmus+
- Die gezielte Förderung des einheimischen akademischen Nachwuchses

Einleitung

Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen eines Landes. Sie leistet einen entscheidenden Beitrag zur Erlangung persönlicher Freiheit und Reifung der Menschen zu eigenverantwortlichen Individuen, die sich der Gesellschaft gegenüber verpflichtet fühlen. Bildung schafft Perspektiven für alle, fördert das Wachstum unserer Wirtschaft, verhindert Arbeitslosigkeit und stärkt unsere Sozialwerke. Sie sichert ausserdem das Funktionieren unserer Demokratie. Die CVP stellt den Menschen und das Gemeinwohl in das Zentrum ihrer Überlegungen und Politik. Das Zusammenleben und auch die Ausgestaltung der Schule und Bildung sollen sich an unseren Werten orientieren und damit die Grundlage für eine funktionierende Gemeinschaft schaffen. Die Bundesverfassung verankert den Anspruch auf ausreichenden und unentgeltlichen Volksschulunterricht. Diese Schulpflicht und damit verbunden das Recht auf Bildung sollen nicht nur eine Option, sondern eine Verpflichtung – mit allen kulturellen Konsequenzen.

Das Bildungssystem und die Bildungsqualität haben der Schweiz in der Vergangenheit zu Wohlstand verholfen und sind ein entscheidender Standortvorteil. Mit der Kombination aus einer qualitativ hochstehenden schulisch-akademischen Bildung und einer bewährten, leistungs- und arbeitsmarktorientierten Berufsbildung verfügt die Schweiz über ein weltweit einzigartiges duales Bildungssystem, das jedem Einzelnen erlaubt, sich chancengerecht gemäss seinen Talenten zu entfalten. Dieser duale Charakter unseres Bildungssystems ermöglicht Wohlstand und Gerechtigkeit und ist eine der Ursachen dafür, dass die Schweiz im europäischen Vergleich die tiefste Jugendarbeitslosigkeit aufweist.

Die CVP ist stolz auf das Bildungssystem und die Bildungsqualität in unserem Land. Trotzdem dürfen wir uns auf dem Erreichten nicht ausruhen. Die demographische Entwicklung, die Dringlichkeit von Integrationsmassnahmen, die Globalisierung, die digitale Transformation, die Probleme der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Tatsache, dass Lernen nicht mit der Schule endet, stellen grosse und wichtige Herausforderungen dar. Unser Land kann sich diesen Herausforderungen nicht entziehen und nur gemeinsam können sie bewältigt werden. Schülerinnen und Schüler, Lernende, Studentinnen und Studenten, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schulen, Verbände, Wirtschaft und Politik sind gleichermassen gefordert.

Vor diesem Hintergrund und mit dem Ziel, den qualitativ hochstehenden und international wettbewerbsfähigen Bildungsraum Schweiz weiter zu stärken, vertritt die CVP folgende zentrale Positionen und Forderungen.

Das Bildungssystem

Zuständigkeiten für Schule und Politik klarer definieren

Die CVP steht zur öffentlichen Schule und respektiert die Bildungshoheit der Kantone. Die Rolle der Politik ist es, klare Bildungsaufträge zu erteilen, für auftragsgemässe Rahmenbedingungen zu sorgen sowie notwendige Qualitätsstandards festzulegen. Aktuell bestehen die Tendenz und die Gefahr, dass sich Politik und Verwaltungsbehörden zu stark in operative Bereiche einmischen. Die Schulen brauchen ihre Autonomie, die Lehrerinnen und Lehrer ihre Methoden-Freiheit.

- Vor diesem Hintergrund fordert die CVP mehr Freiheit für die Schulen und eine Rückbesinnung der Politik auf ihre wesentlichen Aufgaben. Bildung soll nicht „verpolitisiert“ werden.

Pfeiler des dualen Bildungssystems nicht gegeneinander ausspielen

Das schweizerische duale Bildungssystem ist einzigartig und ein grosser Vorteil im internationalen Vergleich, es fördert den Wohlstand und ist chancengerecht.

- Die CVP wehrt sich vehement gegen Bestrebungen, die beiden Pfeiler unseres dualen Systems gegeneinander auszuspielen. Die Berufsbildung darf nicht verakademisiert werden.
- Der CVP ist die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Bildungswegen wichtig, dabei garantieren klare Zulassungskriterien den Erhalt des hohen Bildungsniveaus.

Frühförderung institutionalisieren, Startbedingungen verbessern, Chancengerechtigkeit erhöhen

Die ersten Lebensjahre sind für die Entwicklung jedes Menschen von überragender Bedeutung. Der Förderung im Vorschulalter (Frühförderung) kommt deshalb eine entscheidende Rolle zu. Jedes Kind hat das Recht auf eine fördernde, individuelle Betreuung. Nicht ausgeschöpfte, vom Parlament genehmigte Mittel zur Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung sollen zur Unterstützung von spezifischen Projekten zur Förderung der individuellen Betreuung herangezogen werden können. Eltern tragen die Verantwortung für ihre Kinder. Indem sie ab Geburt viel mit ihren Kindern in ihrer Muttersprache kommunizieren, erhöhen sie deren Sprachkompetenz, was sich nachweislich positiv auf die Bildungsverläufe auswirkt. Eltern aus bildungsfernen Schichten sollten dabei unterstützt werden. Kinder fremder Muttersprache sollten möglichst früh in Kontakt mit der gesprochenen Landessprache kommen. Die CVP unterstützt entsprechende Angebote für Kinder im Vorschulalter und deren Eltern. Im Bereich der Sprache auf der Primarstufe gilt: Je früher, desto besser. Fremdsprachige Kinder, aber auch Schweizer Kinder mit fehlender Sprachkompetenz sind in der Volksschule auf eine möglichst frühe Sprachförderung angewiesen. Die Sprachförderung soll deshalb schon im Kindergarten intensiviert werden. Damit verbessern sich die Bildungschancen der Kinder und es braucht weniger kostspielige Therapien in den ersten Schuljahren und weniger Brückenangebote nach der obligatorischen Schulzeit. Zudem erhöht sich die Chance, dass nicht der familiäre Hintergrund, sondern Intelligenz, Begabungen und Leistungsbereitschaft zum Schlüssel der Schulkarriere werden.

- Die CVP möchte Eltern sensibilisieren, dass die Sprachförderung der Kinder ab Geburt zentral für den Schulerfolg ist, und unterstützt im Vorschulbereich Sprachförderprogramme für Kinder und Eltern.
- Die CVP begrüsst die Schaffung freiwilliger, qualitativ hochstehender vorschulischer Betreuungsangebote, in welchen Kinder wichtige für ihre Zukunft entscheidende Fähigkeiten auf spielerische Art erlernen können.
- Die CVP will es Eltern ermöglichen, den Kindergartenentritt entsprechend dem Entwicklungsstand ihres Kindes um ein Jahr zu verschieben.
- Die CVP fordert, dass Kinder nach dem Entwicklungsstand und nicht ausschliesslich nach dem Stichtag eingeschult werden. Damit werden unnötige Pathologisierungen und kostspielige Therapien des Kindes vermieden.
- Die CVP fordert, dass Fremdsprachige eine Landessprache lernen, bevor sie in die Regelklasse eingegliedert werden.
- Die CVP setzt sich für professionelle Selektionsentscheide ein, die sich an den erbrachten Leistungen der Schülerinnen und Schüler orientieren.

Steuerliche Erleichterungen für Kinderbetreuungskosten schaffen

In 75 Prozent aller Familien tragen heute beide Eltern mit ihrer Erwerbstätigkeit zur wirtschaftlichen Sicherheit der Familie bei. Das zweite Einkommen darf nicht durch Steuern oder

Kinderbetreuungskosten aufgefressen werden. Arbeit und Leistung müssen sich lohnen. Deshalb sollen Eltern die Kosten für die ausserfamiliäre Betreuung ihrer Kinder auf Bundesebene bis maximal 25'000 Franken pro Kind und Jahr von den Steuern abziehen können.

- Die CVP fordert die steuerliche Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten.

Bei der Bildung kann gespart werden, aber nicht zu Lasten des Unterrichts

Bildung ist die Grundlage unseres Wohlstands. Sie ist ein Gut, das wir nicht aufs Spiel setzen dürfen. Sparmassnahmen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden dürfen den Kernauftrag der Schule, den Unterricht, nicht tangieren. In den letzten Jahren war die Tendenz jedoch, dass vor allem der Verwaltungsapparat gewachsen und der bürokratische Aufwand der Schulen gestiegen ist. Der stetige Anstieg des Evaluierens, des Akkreditierens und des Feedbackeinholens führt zu einer immer höheren zeitlichen Belastung der Lehrpersonen. Hier kann Effizienz gewonnen werden. Die CVP steht zu einer gezielten Evaluation unseres Bildungswesens. Diese Überprüfungen sollen sich aber auf die wesentlichen Punkte beschränken. Damit können Kosten gesenkt, Leerläufe verhindert und Lehrpersonen entlastet werden. Schlanke und effiziente Führungsstrukturen dienen dem Kerngeschäft des Unterrichts.

- Einschneidende Sparübungen zu Lasten des Unterrichts, auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten, lehnt die CVP ab. In erster Linie soll beim bürokratischen Aufwand und bei der Verwaltung gespart werden.
- Nicht alle Daten, die erhoben werden können, müssen erhoben werden. Eine Beschränkung auf das Wesentliche führt zu Kosteneinsparungen und entlastet Lehrpersonen und Schulverwaltungen.

Volksschule

Bildungshoheit der Kantone erhalten

Die Kantone haben in der Schweiz die Bildungshoheit. Dies ist einer der Erfolgsgaranten des Schweizer Bildungssystems.

- Die CVP begrüsst die Einführung des Lehrplans 21. Dabei ist es der CVP wichtig, dass den Kantonen die Hoheit in Sachen Volksschulen erhalten bleibt.

Kernauftrag der Schule klären und Eltern in die Pflicht nehmen: Fokus auf Grund- und Sozialkompetenzen

Der Kernauftrag der Schule ist die Bildung der Schülerinnen und Schüler, ihr Kerngeschäft der Unterricht. Der Fokus im Volksschulunterricht sollte gerade durch die neuen Anforderungen der digitalen Transformation wieder mehr auf die Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen ausgerichtet werden. Wissen ist jederzeit und überall verfügbar. Die Bedeutung der Informatik wird sich in den kommenden Jahren noch verstärken. Der Einsatz von digitalen Medien muss eine Selbstverständlichkeit werden. Dennoch bleibt der Erwerb von sozialen Kompetenzen von zentraler Bedeutung. Dabei spielen auch weiterhin Fächer wie Sport, Musik, Handarbeit und bildnerisches Gestalten eine bedeutende Rolle. Die Schule ist gefordert, die Schülerinnen und Schüler bestmöglich zu unterrichten, damit sie die entsprechenden Fertigkeiten erlernen. Die Schule ist aber nicht hauptsächlich dazu da, Defizite aus der Elternziehung zu beheben oder gesellschaftliche Probleme zu lösen. Aus diesem Grund sind Eltern und andere Erziehungsverantwortliche stärker in die Pflicht zu nehmen. Der Besuch von Elternabenden sowie Gespräche mit der Lehrperson müssen obligatorisch gemacht werden.

- Die Schule hat in erster Linie einen Bildungs- und Lehrauftrag. Die Grundkompetenzen sollen mehr gefördert werden. Den Erziehungsauftrag der Schule erachtet die CVP als subsidiär, aber wichtig. Die Kinder sollen zu Teamfähigkeit, Respekt und Toleranz erzogen werden.
- Die CVP fordert, dass die Schulen Medien- und Informatikkompetenz fördern. Schülerinnen und Schüler müssen Medien-Mündigkeit erlangen und die Schule muss vermehrt IT-Kompetenzen vermitteln.

Sprachen als Stärke der Schweiz

Die Sprachenvielfalt unseres Landes ist eine Chance. Die Mehrsprachigkeit in unserem Land soll für den Erwerb von Fremdsprachen besser genutzt und der Sprachaustausch zwischen den Regionen gefördert werden.

- Die CVP erachtet den Aufenthalt von Schulklassen in einer anderen Sprachregion als sinnvoll und setzt sich für diese Form des Sprachaustausches ein.
- Die CVP steht zum Unterricht einer zweiten Landessprache und einer zusätzlichen Fremdsprache ab der Primarschule (3/5).

MINT-Fächer fördern und Voraussetzungen für die digitale Bildung schaffen

In den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) besteht ein starker Fachkräftemangel. Nur mit Schülerinnen und Schülern, welche eine positive Einstellung zu MINT-Fächern haben, kann die Anzahl qualifizierter Bewerber für die Ausbildung in technischen Berufen und Studierender der Ingenieurwissenschaften gesteigert werden. Voraussetzungen dafür sind die entsprechende Fachkompetenz der Lehrpersonen und eine funktionierende, moderne Infrastruktur einschliesslich Support. Dazu gehören auch entsprechende Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien. Die Verwendung der neuen elektronischen Bildungs- und Unterrichtsmöglichkeiten kann an banalen Dingen scheitern, wie einer unzuverlässigen Internet-Verbindung oder einem fehlenden WLAN-Netz.

Nötig sind zudem bedarfsgerechte Konzepte und Ziele, wie sie z. B. der Lehrplan 21 der Deutschschweizer und zweisprachigen Kantone enthält. Dieser Lehrplan baut richtigerweise den Umgang mit den neuen Medien und den Informatikunterricht aus. Sie werden zu einem integralen Teil der Volksschulbildung. Für die Umsetzung an den Schulen braucht es Investitionen in die pädagogische und didaktische Kompetenz der Lehrpersonen sowie in deren Anwenderkompetenzen.

- Dementsprechend fordert die CVP, dass MINT-Fächer gezielt in sämtlichen Schulstufen gefördert und auch Mädchen und junge Frauen dafür begeistert werden.
- Die CVP unterstützt Bestrebungen, das Verständnis der Schüler für die Technik und Medien zu stärken. Im IT-Bereich sind nicht nur Kenntnisse wichtig, sondern auch das Verständnis für den Umgang mit der Technik.
- Die CVP ist sich bewusst, dass die Digitalisierung in der Bildung kostenintensiv ist. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Investitionen in die Basisinfrastruktur erfolgen. Leistungsfähige Internet-Verbindungen bilden die Voraussetzung für den Einbezug digitaler Medien in den Unterricht und die Vermittlung von Medienkompetenz. Investitionen in digitale Medien sollen insbesondere in der Oberstufe (Sek. I) getätigt werden, damit die Schulabgänger die neuesten Technologien nutzen können und optimal auf die digitale Welt vorbereitet sind, die sie in der Berufswelt oder im Gymnasium antreffen werden.
- Die CVP fordert eine Lehrerausbildung, welche umfassend auf das digitalisierte und vernetzte Unterrichten vorbereitet. Bereits berufstätige Lehrpersonen müssen über gute Kompetenzen verfügen, dafür braucht es geeignete Weiterbildungen in Medienpädagogik und Informatikdidaktik.

Keine flächendeckende integrative Förderung

Das Behindertengleichstellungsgesetz formuliert den Grundsatz, dass die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in der Regelschule umzusetzen ist. Viele Kantone haben seit 2004 das Modell der integrativen Schule eingeführt. Aus Sicht der CVP hat dieses Modell bisher noch nicht die erhofften positiven Wirkungen erzielt, stattdessen sind häufig Überforderungen und Qualitätseinbussen die Folge. Zudem besteht die Gefahr, dass sich die integrative Schule in ihr Gegenteil verkehrt, wenn Schüler innerhalb der Klasse als Sonderfall deklariert und stigmatisiert werden. Es ist daher bei jedem Kind zu prüfen, ob es in einem integrativen oder separativen Angebot besser aufgehoben ist. Auch darf die Integration eines Schülers oder einer Schülerin das Funktionieren der Klasse nicht gefährden.

- Die CVP fordert, dass das Modell der integrativen Schule kritisch analysiert und hinterfragt wird.
- Die CVP fordert Integration und Separation als gleichwertige Förderformen.
- Die CVP fordert, dass nicht die Bedürfnisse der Eltern, sondern stets das Kindeswohl im Zentrum steht; gleichzeitig soll das Gesamwohl eines Klassenverbandes im Auge behalten werden.

Berufsbildung

Berufsbildung – höhere Berufsbildung

Der Fachkräftemangel in der Schweiz ist akut. Jedes vierte Unternehmen in der Schweiz gibt gemäss aktuellen Erhebungen (z. B. CS-Studie KMU / Aug. 2017) an, nicht genügend Fachkräfte zu finden. Dies beginnt bereits bei der Suche nach Lernenden. In vielen Gewerbeberufen, dem Gesundheitswesen, aber auch in hoch technologisierten Branchen oder der ICT fehlt es an eigenem Nachwuchs. Die Gründe sind unterschiedlich; es muss gehandelt werden. Eine gute Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den Organisationen der Arbeitswelt ist unabdingbar.

- Die CVP fordert, dass die Berufsbilder attraktiver gestaltet und Inhalte und Kompetenzen rascher den veränderten Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes angepasst werden.
- Die CVP verlangt, dass mehr Lehrstellen (z. B. ICT-Berufe) in neuen, attraktiven Tätigkeitsfeldern angeboten werden.
- Bei den heute über 230 anerkannten beruflichen Grundbildungen müssen bestehende Synergien verstärkt genutzt werden. Die CVP erachtet es als essentiell, dass insbesondere das Angebot an den Berufsfachschulen entsprechend angepasst wird, um die anfallenden Kosten der öffentlichen Hand zu reduzieren.
- Die CVP verlangt, dass die Behörden und die Organisationen der Arbeitswelt die Stärken der dualen Berufsbildung gegenüber den Unternehmen aufzeigen und «neue» Ausbildungsmodelle (z.B. modularisierte Ausbildungen, Ausbilden im Verbund etc.) unterstützen. Gerade internationale Unternehmen kennen die Vorteile unseres durchlässigen Bildungssystems zu wenig.
- Für die CVP ist es wichtig, dass im Bereich der dualen ICT-Berufslehre ergänzend zur traditionellen Ausbildung auch vollschulische Ausbildungsangebote (wie z. B. Informatikmittelschulen) zum Tragen kommen.

Fachkräfte für die Zukunft ausbilden

Die Schweiz verfügt mit der höheren Berufsbildung über ein bewährtes und in der Praxis geschätztes Angebot zur Weiterqualifizierung. Die CVP unterstützt die Stärkung der höheren Berufsbildung.

Aufgrund der raschen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt müssen die Behörden gemeinsam mit den Organisationen der Arbeitswelt Berufs- und höhere Fachprüfungen zügig und gezielt einführen.

- Die CVP fordert eine Stärkung der Gleichwertigkeit der höheren Berufsbildung gegenüber den anderen Bildungsgängen auf Tertiärstufe (Fachhochschulen, Universitäten etc.). Eine weitere «Verakademisierung» der Berufswelt ist klar abzulehnen.
- Die CVP unterstützt eine Steigerung der Anzahl Abschlüsse in der höheren Berufsbildung.
- Die CVP möchte eine Sicherstellung der Anerkennung der Abschlüsse im Ausland.

Kompetenzen im Fremdsprachenerwerb und im IT-Bereich verbessern

Der Erwerb der Landessprachen ist ein wichtiges Ziel der Schweizer Bildungspolitik. Es ist jedoch festzustellen, dass nach dem Ende der obligatorischen Schulzeit Studierende und Lehrlinge nicht auf der gleichen Stufe stehen. Während die gymnasiale und die akademische Bildung den Jungen eine ganze Palette an Möglichkeiten zum Erlernen einer anderen Landessprache bieten, haben Lernende während ihrer Erstausbildung vergleichsweise sehr geringe Anreize und Möglichkeiten, ihre Kenntnisse in einer zweiten oder dritten Landessprache zu vertiefen.

- In diesem Sinne spricht sich die CVP dafür aus, den Berufsfachschulunterricht in den verschiedenen Fächern vermehrt in anderen Sprachen anzubieten bzw. durchzuführen. Fremdsprachige Kursangebote in der Berufslehre fördern deren Attraktivität.

Gymnasium

Qualität an den Gymnasien verbessern

Das Gymnasium hat eine wichtige Funktion als Bindeglied zwischen Volksschule und Universität. Die CVP möchte den prüfungsfreien Zugang zum Studium an universitären Hochschulen mit einer gymnasialen Maturität langfristig aufrechterhalten. Dies erfordert aber ein hohes Ausbildungsniveau und eine klare Qualitätsorientierung an den Gymnasien. Die bestehende Qualität muss weiter verbessert werden. Eine intensivere Einbindung der Hochschulen in die letzten Jahre der Gymnasien soll garantieren, dass die Studierenden bessere Studienentscheidungen treffen. Dadurch sollen spätere teure Wechsel der Studienrichtung vermieden werden.

- Die CVP verlangt eine bessere Vorbereitung der Gymnasiasten auf ihre Zukunft als Studierende, mehr Information über Studiermöglichkeiten und professionelle Hilfestellung bei der Studienwahl.

Keine systematische Erhöhung der Maturitätsquote

Die von der OECD immer wieder geforderte Erhöhung der Maturitätsquote ist kein probates Steuerungsmittel. Deren systematische Erhöhung schwächt die gymnasiale Bildungsqualität. Ausserdem impliziert die Forderung nach einer erhöhten Maturitätsquote auch die Vorrangstellung der gymnasialen Bildung im Vergleich zur Berufsbildung.

- Aus Sicht der CVP soll kein falscher Anreiz geschaffen werden, der gymnasialen Maturität einen höheren Wert zuzusprechen als der Berufsbildung.
- Die CVP lehnt die systematische Erhöhung der Maturitätsquote ab.

Qualität der Abschlüsse angleichen und erhöhen

Auch auf gymnasialer Stufe muss es ein vorrangiges Ziel sein, ein hohes, gleiches Bildungsniveau in allen Landesregionen zu erreichen. Die bestehenden kantonalen oder regionalen Qualitätsunterschiede

sind erheblich. Wichtig ist auch, dass in allen Kantonen die Chancengerechtigkeit beim Eintritt ins Gymnasium sichergestellt wird.

- Die CVP fordert, dass Massnahmen ergriffen werden, welche die Vergleichbarkeit der Abschlussqualität zwischen den Kantonen sicherstellen. Die Hochschulstatistiken sollen wieder publiziert werden.
- Massnahmen zur Verbesserung der Bildungsqualität sind grundsätzlich Sache der Kantone und der Gymnasien, wobei auch die Hochschulen miteinbezogen werden sollten. Die CVP erachtet ein Eingreifen auf Bundesebene nur dann als notwendig, wenn die Kantone und Gymnasien nicht in der Lage sind, ausreichende Qualitätsstandards durchzusetzen.

Internationale Abschlüsse an unseren Gymnasien, nachhaltige internationale Anerkennung der gymnasialen Maturität

Die Schweiz muss der zunehmend globalisierten Welt auch im Bildungsbereich gebührend Rechnung tragen.

- Die CVP fordert, dass auf politischer Ebene alle Möglichkeiten genutzt werden darauf hinzuwirken, dass die schweizerische gymnasiale Maturität von möglichst vielen Ländern anerkannt wird.

Hochschulen

Starke Profile der drei Hochschultypen fördern

Die tertiäre Bildung gliedert sich in der Schweiz in drei Typen von Hochschulen. Fachhochschulen bilden Fachleute in Bereichen wie Gesundheit, Soziale Arbeit, Musik, Design und Kunst, Technik, Architektur und Wirtschaft aus und betreiben praxisnahe Forschung. Pädagogische Hochschulen und das eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB bilden Lehrerinnen und Lehrer, bzw. Berufsbildungsverantwortliche aus. Von diesen zu unterscheiden sind die universitären Hochschulen, die sich der Lehre in den traditionellen akademischen Disziplinen widmen und wissenschaftliche Forschung und vor allem Grundlagenforschung betreiben. Diese drei Hochschultypen müssen ihr jeweiliges Profil und ihren jeweiligen Zweck aufrechterhalten und sollen nicht das System der anderen Hochschule übernehmen. Die Promotion soll auch künftig nur an den universitären Hochschulen möglich sein. Herausragende FH-Absolventinnen und –Absolventen sollen aber ein Doktorat an einer universitären Hochschule unter vertretbaren Bedingungen erwerben können.

- Die CVP ist der Meinung, dass die Fachhochschulen das universitäre Modell nicht übernehmen sollen und umgekehrt.
- Die Promotion soll auch künftig nur an den universitären Hochschulen möglich sein. Mittels Kooperationen können aber herausragende FH-Absolventinnen und –Absolventen ein Doktorat an der universitären Hochschule erwerben.

Praxisorientierung der Fachhochschulen fördern

Vor allem auch im Interesse der Fachhochschulen muss der Andersartigkeit der Hochschultypen mehr Rechnung und Sorge getragen werden. Für die CVP ist klar, dass die grosse Stärke der Fachhochschulen in deren Praxisbezogenheit liegt. Die Forschungstätigkeit an den Fachhochschulen muss deshalb noch konsequenter auf die praxisorientierte Anwendung und Entwicklung ausgerichtet werden. Auch soll der Zugang zur Fachhochschulausbildung nur mit qualifizierter Berufserfahrung möglich sein.

- Vor diesem Hintergrund fordert die CVP, dass die Zulassungsvoraussetzungen zum Fachhochschulstudium in Bezug auf die Arbeitserfahrung strenger geregelt und beispielsweise wieder auf mindestens zwei Jahre Berufserfahrung festgelegt werden.

Mängel im Bologna-System beseitigen

Die Qualität des Bologna-Systems kann nur mittels einer ständigen Analyse und entsprechenden Korrekturen aufrechterhalten werden. Das Bologna-Barometer dient als Bewertung dieses Systems. Heute sind Studienortwechsel schwieriger als früher; bei den Studentinnen und Studenten macht sich zunehmend Orientierungslosigkeit breit. Die Verschulung und Bürokratisierung im Hochschulwesen haben eine lähmende Wirkung auf Innovation und Flexibilität der Lehrenden und Studierenden.

- Die CVP fordert die Weiterführung der Analysen des Bologna-Systems und die Beseitigung entsprechender Mängel.

Erasmus-Programme weiterführen

Durch die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative war die Beteiligung der Schweiz an den europäischen Bildungs- und Austauschprogrammen wie Erasmus+-Programm nicht mehr möglich. Solche Austauschprogramme sind ein wichtiger Teil des Studiums für viele Studierende. Sie fördern den kulturellen Austausch zwischen Studenten aus ganz Europa. Auch für Schweizer Universitäten als Institution bringen sie grosse Vorteile mit sich, da z.B. nur so die Teilnahme an gewissen Kooperationsprogrammen möglich ist. Die Schweiz beteiligte sich bis heute im Rahmen einer Übergangslösung. Der Bundesrat strebte aber bis im September 2016 eine Vollasoziiierung an. Im Februar 2017 teilte der Bundesrat mit, dass er aus finanziellen Gründen keine Vollmitgliedschaft im Programm Erasmus+ mehr anstrebt und stattdessen die derzeit bestehende Übergangslösung bis Ende 2020 weiterführen will. Die negativen Konsequenzen dieser Übergangslösung sind unter anderem administrativer Mehraufwand für die Hochschulen, geringere Auswahl an Partneruniversitäten für Schweizer Studierende und eingeschränkte Möglichkeiten für die Beteiligung an Kooperationsprojekten. Jedoch müssen die Kosten solcher Programme auch mit deren Nutzen und Nutzung übereinstimmen und verhältnismässig sein.

- Die CVP fordert, dass der Bundesrat weiterhin eine Vollasoziiierung am Erasmus+-Programm anstrebt und dafür einen verhältnismässigen finanziellen Beitrag aushandelt.

Wettbewerbsfähige Studiengebühren für ausländische Studierende

Zahlreiche Studierende aus dem Ausland kommen in die Schweiz, um ein Studium an einer Schweizer Hochschule abzuschliessen. Die Zahlen steigen seit den Neunzigerjahren. Studiengebühren sollen für ausländische Studenten etwas höher als für inländische Studenten sein, wobei die Gebühren nicht dazu beitragen dürfen, dass Studenten sich für andere Schulen bzw. andere Länder entscheiden. Unsere Hochschulen und unser Wirtschaftsstandort müssen wettbewerbsfähig bleiben.

- Vor diesem Hintergrund fordert die CVP eine massvolle Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende.

Verstärkte Förderung des einheimischen akademischen Nachwuchses

Die Schweiz nimmt international einen Spitzenplatz ein, was die Beschäftigung ausländischer Fachkräfte auf Hochschulebene anbelangt. Bereits über die Hälfte aller Professoren, Assistierenden, wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und übrigen Dozierenden an Schweizer Universitäten stammt aus dem Ausland. Das ist einerseits Ausdruck der herausragenden Qualität der Schweizer Hochschulen, welche Wissenschaftler aus der ganzen Welt anzuziehen vermag. Andererseits haben es die Schweizer



Hochschulen aber auch versäumt, aktiv einheimische Wissenschaftler zu fördern und längst überfällige Strukturreformen in Angriff zu nehmen.

- Die CVP fordert die verstärkte Förderung des einheimischen akademischen Nachwuchses verbunden mit einer Überprüfung der Beschäftigungs- und Lehrstuhlstrukturen an Schweizer Hochschulen.

Chancen der Digitalisierung nutzen

Big Data und Digitale Wissenschaften sind voranzutreiben. Dem Bund stehen mit dem Schweizerischen Nationalfonds SNF oder der Kommission für Technik und Innovation KTI (künftig Innosuisse) weitere Instrumente zur Verfügung, um Lehrstühle und Forschungszentren an Schweizer Hochschulen gezielt zu fördern.

- Die CVP unterstützt den Einsatz von zusätzlichen Mitteln für Grundlagen- und Anwendungsforschung, ohne aber die Themen vorzugeben, über welche die staatlich finanzierten Hochschulen zu forschen haben. Die CVP delegiert Entscheide dorthin, wo die fachlichen Kompetenzen liegen. Im Gegenzug müssen die Hochschulen regelmässig Rechenschaft ablegen.